

DC/20/I/13/2687
SAP/11

15.-16.7.1988
VVS b2 - 722/88 - 16 -

R e d e

des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich
Honecker, auf der Tagung des Politischen Beraten-
den Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer
Vertrages am 15./16. Juli 1988 in Warschau

Werte Genossen!

Seit unserem letzten Zusammentreffen im Dezember vergangenen Jahres in Berlin ist erst ein halbes Jahr vergangen. In dieser kurzen Zeitspanne hat sich dennoch in der internationalen Arena vieles zugetragen, was unserer gemeinsamen Analyse bedarf und uns zu Überlegungen und Schlußfolgerungen für die Weiterführung unserer Außen- und Sicherheitspolitik veranlaßt.

Die Ereignisse zeigen, daß unsere Konzeption zur Eindämmung des Wettrüstens und zur Abrüstung wirkt. In dieser Richtung wurden entscheidende Schritte getan und die Verwirklichung unseres gemeinsamen Friedensprogramms ein gutes Stück vorangebracht. Schon nach dem Treffen von Michail Sergejewitsch Gorbatschow mit Präsident Reagan in Reykjavik konnten wir sagen, daß die Welt anders aussieht als vorher und nunmehr kein Zurück zugelassen werden darf. 1988 ist nun das Jahr des Beginns echter Abrüstung. Es wachsen die Aussichten, regionale Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen.

Wie wir feststellen können, ist der Dialog zu einem Bestandteil der internationalen Politik geworden und findet mehr und mehr Anhänger. Es spricht für unsere Arbeit, wenn in westlichen Führungskreisen die Erkenntnis zunimmt, daß Wettrüsten und Drohungen mit

Waffen die Suche nach gemeinsamen Lösungen für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit nicht ersetzen können. Die Führungen der sieben westlichen Staaten mußten dem auf ihrem jüngsten Gipfel in Toronto verbal Rechnung tragen, indem sie sich für einen "konstruktiven und realistischen Dialog" mit uns aussprachen. Für bedeutsam halte ich dabei, daß Realismus einerseits produktiven Dialog ermöglicht und andererseits der Dialog selbst zu mehr Realismus in der Politik führt.

All das haben Verlauf und Ergebnisse des 4. Gipfel-treffens zwischen Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten bestätigt. Genosse Gorbatschow hat dazu ausführlich gesprochen; ich möchte ihm für die große Arbeit, die in unser aller Interesse und mit unserem Mandat geleistet wird, heute nochmals sehr herzlich danken.

Inzwischen hat die XIX. Allunionsparteikonferenz der KPdSU stattgefunden. Sie hat aufs neue die entscheidenden Impulse bestätigt, die von der KPdSU, von der Sowjetunion für die Stärkung der internationalen Positionen des Sozialismus, für Frieden und internationale Sicherheit ausgehen.

Täglich spüren wir, daß die Gegner jeglicher Abrüstung ihre Aktivitäten verstärken. Die weitgesteckten Ziele unseres Konzepts, die hohe Dynamik,

Flexibilität und Kompromißbereitschaft unserer Politik haben die maßgeblichen Kräfte der NATO überrascht. Sie können nicht umhin, die sich anbahnende Wende von der Konfrontation zur Kooperation zu begrüßen, arbeiten aber zugleich gegen ihre langfristigen Folgen. Das zeigen die Beschlüsse der Gipfeltagung der NATO vom März sowie die Beratung der NATO-Verteidigungsminister vom Mai dieses Jahres. Dem ist auch zuzurechnen, daß es auf der 3. UN-Sondertagung über Abrüstung nicht gelang, ein Schlußdokument zu vereinbaren. Aus allen meinen Begegnungen mit westlichen Politikern während der letzten Zeit läßt sich der Schluß ziehen, daß in der NATO die Auseinandersetzungen darüber anhalten, welche taktische Linie künftig gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages eingeschlagen werden soll.

Nach unserer Erfahrung dominieren in diesen internen Diskussionen bis jetzt jene Kreise, die, wie die Tagung des NATO-Rates am 2. und 3. März 1988 in Brüssel beschlossen hat, an der Strategie der nuklearen Abschreckung festhalten, und die, wie es auch die Erklärung der "Sieben von Toronto" besagt, auf "angemessene konventionelle Stärke" pochen. Ganz vordergründig werden Forderungen laut, unser Gesellschaftssystem nach den Vorstellungen des Westens zu ändern und dessen Werte und Lebensauffassungen zu übernehmen. Aktiver geworden sind auch jene Kräfte in der NATO, welche die illusionäre Hoffnung hegen, daß es zu ihren Gunsten früher oder später zu grundlegenden

Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen System der sozialistischen Staaten kommt.

Ist es nicht bezeichnend, daß die amerikanische Seite auf dem Moskauer Treffen nicht bereit war, den Begriff der friedlichen Koexistenz zu akzeptieren? Trotzdem gibt die jüngste Entwicklung unserer Einschätzung recht, daß sich insgesamt in den internationalen Beziehungen eine Wende zum Besseren abzeichnet. Das Mittelstreckenraketenabkommen, die Vereinbarung zu Afghanistan, die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG sind Tatsachen. Sie zeigen, daß auch der Westen den Realitäten Rechnung tragen muß. Zugleich bestärken sie uns in der Überzeugung, daß es bei aller Kompliziertheit der Probleme, auch bei weiter bestehenden unüberbrückbaren Gegensätzen nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, die Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen.

Im Zentrum der Politik bleibt weiter der Kampf um die Konsolidierung der internationalen Positionen des Sozialismus und die dynamische Fortsetzung des Abrüstungsprozesses. Das ist eine harte Auseinandersetzung mit jenem Konzept der NATO, das im wesentlichen das Streben dieser westlichen Allianz nach militärischer Überlegenheit unter Ausnutzung aller verfügbaren Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution abschirmen soll. Man möchte den sozialistischen Staaten weiterhin ein verstärktes

Wettrüsten aufzwingen. Darauf hat sich unser Bündnis mit seinem Abrüstungskonzept eingestellt. Die 3. UN-Sondertagung über Abrüstung und das Berliner Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen belegen dies anschaulich.

Jetzt gilt es, mit dem "Rückenwind" des Mittelstreckenraketenvertrages den Druck auf weitere Abrüstung aufrechtzuerhalten und zu steigern. Dem kommt zugute, daß unsere konkreten, präzedenzlosen Vorschläge in- zwischen das ganze Spektrum der vorhandenen Militär- potentiale erfassen. Zugleich bleibt es wichtig, unsere Prioritäten darzulegen. Als Kettenglied für die Perspektive des Abrüstungsprozesses betrachten wir eine Übereinkunft über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA bei Einhaltung des ABM-Vertrages.

Wir unterstützen voll und ganz die Aktivitäten, mit denen die sowjetische Führung für weitere Fortschritte wirkt. Unsererseits nutzen wir alle Gelegenheiten des politischen Dialogs, um die NATO-Verbündeten der USA und andere Kräfte zur Unterstützung dieses Prozesses zu bewegen. Dazu vermittelte das Berliner Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen aufschlußreiche Erfahrungen.

Die Frage der Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa wird immer deutlicher ein Aktionsfeld unseres Wirkens für die

Fortsetzung der Abrüstung. Hier liegt zugleich ein wesentliches Feld der Auseinandersetzung mit dem Mythos einer militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Vertrag, ebenso auch mit der NATO-Doktrin der nuklearen Abschreckung.

Der bevorstehende Weg wird zweifellos noch komplizierter. Schon die Diskussion über künftige Verhandlungen, mehr noch das sich abzeichnende Konzept der NATO lassen klar erkennen, daß die NATO-Positionen von Realismus, von der Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen der Staaten des Warschauer Vertrages, von einem Herangehen auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit weit entfernt sind.

Wie das Kommuniqué des NATO-Rates von Madrid und insbesondere die jüngsten Erklärungen des Verteidigungsministers der USA, Carlucci, beweisen, trachtet die NATO hartnäckig danach, der fortschreitenden Erosion ihrer Propaganda von der "Gefahr aus dem Osten" sowohl mit gesteigerter Hetze als auch mit Vorbedingungen bei allen Abrüstungsverhandlungen entgegenzuwirken. Diese defensive Position ist auch daraus ersichtlich, daß die NATO-Mächte bisher keine gemeinsame Antwort auf unseren Budapester Appell für die drastische Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen zu geben vermochten. Um so wichtiger ist es, unsere Offensive in allen Fragen konventioneller Abrüstung zu verstärken.

Die Veröffentlichung der Militärdoktrin unseres Verteidigungsbündnisses, die Aussagen zum Abbau von Asymmetrien haben schon Wirkungen hinterlassen. Die westliche Seite sieht ihr Konzept gefährdet. Deshalb unternimmt sie alles, um die Glaubwürdigkeit unserer Angebote und natürlich auch unserer Gegenforderungen in Zweifel zu ziehen. Das Zurückweichen vor der Initiative zum frühzeitigen Austausch der Angaben über die Militärpotentiale beider Allianzen und deren umfassende Überprüfung, einschließlich Inspektionen vor Ort, ist bezeichnend.

Deshalb sollten wir der NATO-Seite keine Atempause gönnen. Mit den vom Generalstab der Streitkräfte der UdSSR vorbereiteten Materialien über die Gesamtstärke der Streitkräfte des Warschauer Vertrages und der NATO sowie die Stärken der Streitkräfte, die Gegenstand der Verhandlungen mit der NATO sein könnten, verfügen wir über eine gute Grundlage, um unsere Initiative weiter voranzubringen. Jetzt sollten wir die Angaben über die Gesamtstärken der Streitkräfte ohne Verzug veröffentlichen. In diesem Zusammenhang halten wir es für überlegenswert, dabei auch die nationalen Anteile einzubeziehen. Fragen nach diesen Potentialen können wir in Zukunft ohnehin nicht ausweichen. Weshalb sollen wir also möglichen westlichen Spekulationen über unsere nationalen Streitkräfte nicht von vornherein offensiv begegnen?

Eine andere Sache sind die für künftige Verhandlungen über eine konventionelle Abrüstung in Europa vorbereiteten Angaben. Hier ist und bleibt es aus unserer Sicht zweckmäßig, sie erst am Verhandlungstisch zu unterbreiten.

Die Dokumente unserer gegenwärtigen Tagung werden den Prozeß des zunehmenden Verständnisses und der wachsenden Akzeptanz unserer Positionen zur konventionellen Abrüstung, zum Abbau der Fähigkeit für Überraschungsangriffe und zu Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung weiter vertiefen. Als wichtigste praktische Aufgabe in der unmittelbaren Zukunft betrachten wir, daß unsere Staaten die politischen Vorgaben, die auf unseren letzten Tagungen erarbeitet wurden, jetzt in ein solides, unangreifbares Verhandlungskonzept umsetzen. Es muß in jedem Detail für den Verhandlungstisch wie für die internationale Öffentlichkeit ausgearbeitet werden.

Der Beginn der nuklearen Abrüstung, unsere Vorschläge zur konventionellen Abrüstung sind die feste Grundlage dafür, die Forderung nach Ausdehnung der Abrüstung auf die taktischen Kernwaffen in Europa zu verstärken. Dabei ist die DDR bereit, vor allem gegenüber der BRD, deren Haltung im Unterschied zu den USA, Frankreich und Großbritannien mehr Anknüpfungspunkte bietet, immer wieder politische Initiativen zu unternehmen.

Als sehr wirkungsvoll hat sich unseres Erachtens der Vorschlag für einen kernwaffenfreien Korridor erwiesen. Die Forderung nach Beseitigung der taktischen Kernwaffen gewinnt Raum, der Druck vor allem auf die Regierungen der kernwaffenbesitzenden NATO-Staaten, auch in der BRD, wächst. Die Idee einer militärisch verdünnten Zone erhöhten Vertrauens entlang der Trennlinie zwischen den Militärbündnissen, in der alle Massenvernichtungsmittel beseitigt werden, hier verweise ich auf den Vorschlag Michail Sergejewitsch Gorbatschows auf der Berliner Tagung im Mai vergangenen Jahres, erhält zunehmende Unterstützung in politischen Kreisen Europas und darüber hinaus.

Wie tief die Vision einer Welt ohne Kernwaffen im Denken der Menschen verankert ist, hat das bereits erwähnte Berliner Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen, dieses bisher umfassendste Weltforum zu Friedensfragen, eindringlich bewiesen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und nochmals ausdrücklich allen Bruderstaaten für ihre Teilnahme danken.

Der dreitägige intensive und sachkundige Meinungsaustausch, an dem 1 034 Persönlichkeiten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens aus 113 Ländern teilnahmen und von denen 651 das Wort ergriffen, hat die Lebenskraft und Wirksamkeit unserer gemeinsamen Vorschläge für eine friedliche Welt

Überzeugend nachgewiesen. Er hat gezeigt, daß die von uns angeregte Kombination von Globallösungen und auch Teilschritten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, speziell im nuklearen Bereich, notwendig und möglich ist.

Unsere Parteien und Staaten sollten die positiven Erfahrungen dieses Treffens zielstrebig auswerten.

Auch die Staaten, die nicht über Kernwaffen verfügen, fühlen sich immer mehr dafür mitverantwortlich, daß der nukleare Abrüstungsprozeß dynamisch fortgeführt wird. Das scheint uns wichtig zu sein, denn alle Unterschiede in den Auffassungen darüber, wie man am besten und sichersten zu einer Welt ohne Kernwaffen gelangt, erweisen sich als zweitrangig gegenüber der einhelligen Forderung, daß jetzt abgerüstet werden muß. Das Berliner Treffen ließ spüren, daß das Weltgewissen in wachsendem Maße die Weltpolitik beeinflusst.

Im Interesse der Beseitigung der taktischen Kernwaffen und des Beginns der konventionellen Abrüstung gewinnt unseres Erachtens gegenwärtig die intensive Arbeit mit den Regionalinitiativen aller unserer Länder an Gewicht. Daher haben wir im Rahmen unserer sicherheitspolitischen Gespräche mit der SPD einige Anregungen zur Erhöhung des Vertrauens in der Spannungszone zwischen den Bündnissen vorgelegt. Diese Maßnahmen, die im Rahmen der Gespräche mit der SPD über vertrauensschaffende Sicherheitsstrukturen in

Europa als Zwischenergebnis auf gesellschaftlicher Ebene vorgeschlagen wurden, insbesondere die "Zentren der Vertrauensbildung", haben bei den Teilnehmern des Berliner Treffens eine positive Reaktion gefunden. Sie werden als Schritte gewertet, nach der Ratifizierung des Mittelstreckenraketenvertrages der UdSSR und der USA keine Abrüstungspolitische Pause auf dem europäischen Kontinent zuzulassen. Auf alle Fälle geht von ihnen eine wichtige politisch-moralische Wirkung aus, sie können das allgemeine Klima für Abrüstung weiter verbessern.

Als äußerst zeitgemäß betrachten wir die neuen Vorschläge Michail Gorbatschows im Sejm der VR Polen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Einberufung eines europäischen Gipfeltreffens. Sie finden unsere ungeteilte Unterstützung. Gleichzeitig möchte ich zum Ausdruck bringen, daß wir voll und ganz Genossen Jaruzelski unterstützen, das vorgeschlagene Zentrum auf polnischem Gebiet einzurichten.

Wir erachten es als notwendig, mehr Kraft auf das Verbot der chemischen Waffen zu konzentrieren. Ob es auf diesem Gebiet zum Durchbruch kommt, davon hängt viel für den künftigen Kampf gegen alle Massenvernichtungswaffen ab. Die Gefahr von Rückschlägen ist, vor allem angesichts der Haltung der USA, Großbritanniens und Frankreichs, nicht gebannt. Unter diesen Bedingungen anhaltender Verzögerung wird die DDR gemeinsam mit der CSSR ihre jüngste Initiative für eine von chemischen Waffen freie Zone in Europa noch aktiver vertreten. Darüber hinaus

wird sie praktische Maßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel die Veröffentlichung von Daten über relevante Chemikalien und die Vorbereitung von Probeinspektionen.

Was das Wiener Folgetreffen angeht, so dürfte sein erfolgreicher Abschluß mit substantiellen und ausgewogenen Ergebnissen in allen Bereichen der Helsinki-Schlußakte unser grundlegendes gemeinsames Anliegen bleiben. Im Hinblick auf das Hauptziel dieses Treffens bewerten wir den Entwurf der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten für ein Schlußdokument positiv. Im Vordergrund steht die Einleitung des konventionellen Abrüstungsprozesses in Europa durch die Vereinbarung der Mandate für Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural und für die Weiterführung der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

Im Menschenrechts- und humanitären Bereich ist der Entwurf unausgewogen. Offensichtlich sollen diese Fragen aus der staatlichen Souveränität herausgelöst werden, um sie zum Schaden für den Sozialismus zu mißbrauchen. Wir sind dafür, dem einheitlich und entschlossen entgegenzutreten. Bekanntlich hat sich die DDR im Verlauf des KSZE-Prozesses stets vom übergeordneten Interesse der Friedenssicherung leiten lassen und große Kompromißbereitschaft gezeigt. Das gilt auch für das Wiener Treffen. Kein Kompromiß darf jedoch einer Einmischung in innere Angelegenheiten Vorschub leisten.

Mit der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der RGW und der EWG eröffnen sich neue Möglichkeiten, da offensive, die Realitäten in Europa berücksichtigend Vorgehen gegenüber den westeuropäischen Integrationsorganisationen fortzusetzen und die vereinbarten Beziehungen praktisch auszufüllen sowie die materielle Basis für Entspannung, für mehr Sicherheit und Vertrauen zu stärken. Der Weg zur Gemeinsamen Erklärung war lang und erforderte ein Höchstmaß an Kompromißbereitschaft, insbesondere als es darum ging, unter Berücksichtigung der realen Entwicklungen in Europa eine Form für die Einbeziehung der "EG-Territorialklausel" zu finden.

Es ist geboten, bei der Ausgestaltung der entsprechenden Beziehungen zum westeuropäischen Integrationsverband abgestimmt vorzugehen. Das gilt für den ökonomischen wie den politischen Bereich. Die EG tritt sowohl in der gesamteuropäischen Zusammenarbeit als auch im politischen Bereich zunehmend als eigenständiger Faktor in Erscheinung. Das dürfte sich, mit Blick auf das Jahr 1992, noch verstärken. In unserer Europakonzeption sollten wir uns bei Zeiten darauf einstellen, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zur BRD.

Hier gibt es Licht und Schatten, Fortschritte, aber auch unverändert Probleme und Auseinandersetzungen. Beachtenswert ist, daß die Regierung der BRD

unter dem Druck der sozialistischen Friedenspolitik, des wachsenden Friedensbewußtseins der BRD-Bevölkerung, aber auch angesichts des Überlebensinteresses bis in Kreise der Monopolbourgeoisie hinein zu einigen Fragen der Abrüstung eine flexiblere Position bezieht. Das betrifft die Unterstützung des Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen, die Halbierung der strategischen Offensivwaffen, das globale Verbot der C-Waffen.

Zugleich wird die Anmaßung der BRD über das "Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" aufrechterhalten, wird die qualitative Aufrüstung der Bundeswehr angestrengt fortgesetzt, werden regionale Lösungen abgelehnt. Die BRD-Regierung hält an der NATO-Doktrin der nuklearen Abschreckung fest, wendet sich gegen eine dritte Null-Lösung und fordert Vorleistungen des Warschauer Vertrages im konventionellen Bereich.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Regierung der BRD ständig zu einem aktiven Beitrag zu Abrüstung und Entspannung zu drängen. Das steht im Mittelpunkt des politischen Dialogs, den wir mit verantwortlichen Politikern der BRD führen. Dabei knüpfen wir unter anderem in der Frage der atomaren Kurzstreckensysteme an jeden Ansatzpunkt an. Selbst rechte, konservative Kräfte wie Dregger können sich unseren realistischen Vorschlägen nicht entziehen.

Durch meinen offiziellen Besuch in der BRD vom vergangenen Herbst wurde eine neue Etappe in den bilateralen Beziehungen eingeleitet. Gestützt auf das Gemeinsame Kommuniqué über diesen Besuch, ein sehr brauchbares Dokument, betreibt die DDR gegenüber der BRD eine Politik, die auf Friedenssicherung, Dialog und sachliche Zusammenarbeit gerichtet ist. Dabei gibt es in letzter Zeit Fortschritte wie gegenseitige Ministerbesuche, wachsenden Kulturaustausch, erste Schritte zur Realisierung der während des Besuches getroffenen Absprachen, Entwicklung der Handelsbeziehungen, Ausbau des Reise- und Besucherverkehrs. Demgegenüber läßt die BRD-Regierung Entgegenkommen bei der Lösung offener politischer Grundfragen vermissen.

Wir sehen bei gewissen Kreisen eine Verschärfung nationalistischer Tendenzen, insbesondere nach dem provokatorischen Auftreten Reagans am Brandenburger Tor. Durch verstärkte Versuche zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR lassen wir uns nicht von unserer konstruktiven Politik abbringen und weisen Provokationen in gebührender Weise zurück.

Im übrigen erfordern alle West-Berlin betreffenden Fragen eine ständige, wenn nötig, schnelle operative Abstimmung. Dies um so mehr, da bekanntlich die Deutsche Reichsbahn, die Wasserstraßen und die Schleusen in Berlin (West) der DDR gehören.

Die Chancen für die weitere Gesundung der internationalen Beziehungen wachsen auch in dem Maße, wie es gelingt, bestehende Konfliktherde zu beseitigen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, die Genfer Vereinbarungen zu Afghanistan so zu realisieren, daß alle Seiten den übernommenen Verpflichtungen nachkommen. Das wird nicht ohne Wirkung auf die anderen internationalen Konfliktherde wie im Süden Afrikas, in Mittelamerika oder in Nahost bleiben. Zunächst aber, und das ist gegenwärtig die Hauptfrage, geht es um Afghanistan.

Wie nicht anders zu erwarten, sind mit dem Abschluß der Genfer Vereinbarungen vom 14. April 1988 die Probleme noch nicht gelöst. Das zeigen die Versuche Pakistans, mit Hilfe der bewaffneten Opposition das revolutionär-demokratische Regime in Kabul zu stürzen. In dieser Situation findet die konstruktive Politik der UdSSR, die von großer Verantwortung für die Geschicke sowohl der Welt als auch Afghanistans zeugt, unsere Unterstützung. Auch sind wir dafür, gemeinsam zu überlegen, wie Hilfe für Afghanistan bilateral und multilateral im Rahmen des RGW wirksam gestaltet werden kann. Die DDR wird entsprechend ihren Möglichkeiten weiterhin Unterstützung geben.

Werte Genossen!

In letzter Zeit konnten wir bei der Realisierung unseres gemeinsamen Friedenskonzepts vorankommen.

Wir empfinden Genugtuung über unsere Zusammenarbeit und werden sie weiter fördern. An der Zeit scheint uns zu sein, daß auch die Parlamente unserer Länder ihre Zusammenarbeit intensivieren. Vorschläge dazu liegen vor. Sie könnten auf der Tagung der Parlamentspräsidenten der Warschauer Vertragsstaaten im Herbst des Jahres in Berlin abschließend erörtert werden.

Aus unserer Sicht gewinnt die politische Zusammenarbeit im Bündnis, wenn wir konzeptionelle Überlegungen in stärkerem Maße einbeziehen. Auch zeigt sich, daß unsere Initiativen dann, wenn sie gemeinsamen Absprachen folgen, um so größere internationale Wirkung erzielen. Das wirkt sich auch gut auf die Öffentlichkeit unserer Staaten aus.

Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf allen Gebieten kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die RGW-Ratstagung in der vergangenen Woche in Prag hat für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit entsprechende Beschlüsse gefaßt.

So werden wir vor unseren Völkern solche Lösungen für die gesellschaftspolitischen Aufgaben finden, die den konkreten Gegebenheiten und Erfordernissen des jeweiligen Landes am besten Rechnung tragen, und damit auch wirkungsvoll und nachhaltig die internationalen Positionen des Sozialismus stärken.

Mit dem RGW-Komplexprogramm verfügt die sozialistische Staatengemeinschaft erstmalig über eine strategische Aufgabenstellung für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in unseren Ländern. Führende Positionen auf den ausschlaggebenden Gebieten von Wissenschaft und Technik und damit der Produktivkräfte entscheiden heute über den ökonomischen Rang und die politische Macht. So erhöht jeder Erfolg bei der Verwirklichung des RGW-Komplexprogramms die Attraktivität des Sozialismus und stärkt unsere Gemeinschaft in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die entscheidende Aufgabe besteht gegenwärtig darin, wissenschaftlich-technische Ergebnisse schneller ökonomisch zu nutzen.

Die SED hat die Schaffung und Anwendung von Schlüsseltechnologien in den Mittelpunkt der Realisierung des RGW-Komplexprogramms in unserem Land gerückt. Damit werden das weitere Wachstum der Arbeitsproduktivität sowie die Senkung des Energie- und Materialverbrauchs maßgeblich bestimmt. 1986 und 1987 wurden in der DDR die Aufgaben erfüllt, die sich aus dem RGW-Komplexprogramm ergeben. Es konnten mehr als 150 neue Erzeugnisse und Technologien in die Produktion eingeführt werden. Dazu gehören technologische Ausrüstungen für die Höchstintegration der Mikroelektronik, moderne Personalcomputer, Geräte des Einheitssystems der elektronischen Rechentechnik, Erzeugnisse der Lichtleitertechnik, flexibel automatisierte Fertigungssysteme sowie Ausrüstungen für die

Biotechnologie. Ein bedeutender Teil dieser Produktion wird bereits in die RGW-Länder exportiert. Auch 1988 werden mehr als die Hälfte der Mittel des Staatshaushaltes, die für die Realisierung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik bestimmt sind, für Aufgaben des RGW-Komplexprogramms verwendet.

Herausragende Bedeutung für die Verwirklichung des RGW-Komplexprogramms hat das gemeinsame Vorgehen auf dem Gebiet der Mikroelektronik. Das ist der Dreh- und Angelpunkt des Kampfes um den wissenschaftlich-technischen Höchststand. Wir sind tief befriedigt darüber, daß gerade in der Mikroelektronik eine äußerst enge Zusammenarbeit mit dem gewaltigen Potential der UdSSR besteht. Auch mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft wurden dabei Fortschritte erreicht.

Von großer Tragweite für alle Beteiligten ist, daß jeder Partner die Verpflichtungen in Forschung, Entwicklung und Produktion zuverlässig erfüllt, die er übernommen hat. Wenn es auf einzelnen Gebieten prinzipiell neue Erkenntnisse gibt, so müssen Vorschläge für eine notwendige Ergänzung des RGW-Komplexprogramms vorgelegt werden, um die notwendigen weiteren Schritte abstimmen zu können.

Eine wichtige Voraussetzung für die Errichtung großer Projekte ist die Kenntnis der ökonomischen

Dimensionen und Konsequenzen. Alle müssen genau wissen, was ein Vorhaben kostet und welchen ökonomischen Effekt es bringt. Die Akkumulationskraft der Volkswirtschaften unserer Länder ist differenziert und insgesamt begrenzt, was es in Rechnung zu stellen gilt. Wir sind deshalb dafür, die notwendigen Entscheidungen im Prozeß der Koordinierung der Pläne gründlich vorzubereiten und abzustimmen.

Die auf der 44. Tagung des RGW gebilligte Kollektive Konzeption der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung für 1991 bis 2005 ist von großer Bedeutung für die Bewältigung der qualitativ neuen Anforderungen an die Zusammenarbeit unserer Länder in diesem Zeitraum. Sie bildet eine gute Grundlage, um die Pläne für die Jahre 1991 bis 1995 zu koordinieren. Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne hat sich als das wichtigste Instrument für die planmäßige Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern bewährt.

Das Politbüro des ZK der SED hat am 28. Juni 1988 die Konzeption für die Koordinierung der Pläne 1991 bis 1995 beschlossen. Wir stellen uns darauf ein, durch Lieferung von hochproduktiven Maschinen und Ausrüstungen zur Lösung der von den Bruderparteien beschlossenen ökonomischen und sozialen Zielstellungen beizutragen.

Einen zentralen Platz im Prozeß der Koordinierung nimmt die Zusammenarbeit unserer Länder bei der Deckung des Rohstoffbedarfs ein. Sicherheiten auf diesem Gebiet sind Voraussetzung für eine stabile und effektive Produktion in jedem einzelnen Land und damit auch für die Zuverlässigkeit der internationalen Kooperationsbeziehungen und gegenseitigen Lieferungen. Für die DDR bilden vor allem die Rohstofflieferungen aus der UdSSR eine entscheidende, unverzichtbare Grundlage der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft.

Wir teilen den Standpunkt, daß es notwendig ist, die Betriebe, Kombinate und Vereinigungen in umfassender Weise in die Koordinierung der Pläne einzubeziehen. Die Kombinate der DDR haben alle Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung an der Plankoordinierung. Wir sind dafür, noch bestehende künstliche Hemmnisse für die Zusammenarbeit unserer Kombinate und Betriebe zu beseitigen. Die umfassende Einbeziehung der Betriebe und Kombinate in diesen Prozeß wird höhere Anforderungen an die Leitung der Arbeit durch die zentralen Planungsorgane stellen, da in allen Phasen der Plankoordinierung den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden muß. Das ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen auf ausgeglichener und bilanzierter Grundlage.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit ist, daß stets die ökonomischen Interessen und der gegenseitige Vorteil aller Partner gewährleistet werden. Einen wichtigen Faktor bildet hierbei, die Preise im Handel zwischen den RGW-Ländern beizubehalten. Die RGW-Preisbildungsgrundsätze gehen bekanntlich von der Anwendung der Weltmarktpreise aus und orientieren damit auf ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau der Erzeugnisse, eine hohe Arbeitsproduktivität und niedrige Kosten.

Das Exekutivkomitee des RGW bereitet eine Vereinbarung vor, aufgrund deren die RGW-Preise im Zeitraum 1991 bis 1995 zu bilden sind. Wir haben uns im Politbüro mit dieser Frage beschäftigt und meinen, daß die Beibehaltung eines fünfjährigen Basiszeitraumes am besten geeignet ist, kurzfristige Schwankungen der Weltmarktpreise im Handel zwischen den RGW-Ländern abzuschwächen. Das wird sich weiterhin stabilisierend auf unsere Wirtschaftsbeziehungen auswirken.

Wir sind der Auffassung, daß es sich bei der Bildung eines vereinigten Marktes um eine weit in die Zukunft reichende perspektivische Aufgabe handelt. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen und Bedingungen sollten zunächst gründlich untersucht werden. Das gilt auch für die Einführung der Konvertibilität der Währungen und andere damit verbundene Fragen. Durch das

Internationale Institut des RGW für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems könnten dafür Analysen und praktische Schlußfolgerungen erarbeitet werden. Es wird dabei darauf ankommen, alle mit dieser Problematik verbundenen politischen, ökonomischen und sozialen Aspekte gründlich zu untersuchen und zu bewerten, um den Führungen unserer Parteien fundierte Vorschläge zu unterbreiten. An diese Arbeit sollten wir ohne Zeitverzug herangehen.

Wir gehen davon aus, daß mit der Bildung eines vereinigten Marktes die Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft auf einer höheren Stufe zur Wirkung gebracht werden müssen. Er kann keine Kopie des gemeinsamen Binnenmarktes sein, den die EG-Länder ab 1992 bilden wollen, denn die Funktionsweise der kapitalistischen Marktwirtschaft läßt sich nicht schematisch auf unsere Zusammenarbeit übertragen.

Was die DDR betrifft, so werden wir bei umfassender Nutzung der Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft auch künftig unseren aktiven Beitrag zur ökonomischen Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft leisten.

Abschließend möchte ich Genossen Wojciech Jaruzelski und allen unseren polnischen Gastgebern recht herzlich für ihre großzügige Gastfreundschaft und die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen danken, die wir, wie immer, hier in Warschau vorgefunden haben.